

## Leitartikel

Hängen gelassen (4)

## bm-Blickpunkte

Sicherheit: Hacker nutzen Abschaltung der i-TAN(6)

Wettbewerb: Grünes Licht für Innovationen im Verbund (6)

Private Überschuldung: Frauen und Senioren holen auf (7)

Genossenschaftsbanken: GLS-Mitglieder für Mitgliedsbeitrag (8)

Sparkasse Soest: Zu Unrecht am Pranger?(9)

## Aus der Finanzwerbung

Etats und Kampagnen (10)

Werbebarometer (11)

Aus der Marken- und Werbeforschung (12)

Operative Marketingmaßnahmen nach Bankprodukten (13)

## Altersvorsorge

**Die Deutschland-Rente stärkt das Vertrauen in die Altersvorsorge**

Von Thomas Schäfer (14)

**Bausteine der Alterssicherung: Positionen aus der Politik**

Markus Kurth, Bündnis 90/Die Grünen (17)

Karl Schiewerling, CDU/CSU (19)

Johannes Vogel, FDP (22)

Matthias W. Birkwald, DIE LINKE (24)

Dr. Martin Rosemann, SPD (26)

**Das Thema „Aktien und Altersvorsorge“ muss auf die politische Agenda**

Von Christine Bortenlänger und Norbert Kuhn (29)

**Vorsorge wird zum beherrschenden gesellschaftlichen Thema**

Von Mario Freis (34)

**Private Vorsorge mit staatlicher Zinsersparnis fördern**

Von Stefan Bielmeier und Michael Stappel (37)

**Altersarmut – nur ein Scheinproblem?**

Von Joachim Ragnitz (41)

**„Riester wird zu Unrecht schlechtgeredet“**

Interview mit Dirk Degenhardt (43)

## Notiert

Daten und Fakten zur Altersvorsorge (5) – Indikator zum Sparklima (7) – Anlagen im Ypos-Inflationscheck (9) – Bankmanagement-Glossar (46) – Impressum (47) – Rote Seiten (Heftmitte)

46. Jahrgang  
Januar 2017  
Fritz Knapp Verlag  
Frankfurt am Main  
1-2017



bank und markt

Zeitschrift für Retailbanking

Herausgeber: Prof. Dr. Dr. Oskar Betsch, Prof. Dr. Jörg-E. Cramer, Dr. Peter Hanker, Hans-Michael Heitmüller, Dr. Ewald Judt, Prof. Dr. Klaus Juncker, Carsten Maschmeyer, Klaus-Friedrich Otto, Ben Tellings, Thomas Ullrich, Dr. Herbert Walter, Alexander Wüerst

## SCHWERPUNKTE

Die Rahmenbedingungen für die gesetzliche, betriebliche und private Altersvorsorge werden sich demnächst ändern. So viel scheint ausgemacht – mehr aber bislang auch nicht. In Sichtweite der Bundestagswahl 2017 gibt es eine ganze Bandbreite von Ideen, welche Stellschrauben künftig wie gedreht werden sollen. Der hessische Finanzminister Schäfer propagiert weiterhin die gemeinsam mit seinem grünen Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir entwickelte Deutschland-Rente als staatlich organisiertes Standardprodukt, das vor allem jenen, die sich von der Vielzahl der Angebote überfordert fühlen, den Einstieg in die Vorsorge zu geringen Kosten erleichtern soll. Auch in den Positionen der Fraktionen des Deutschen Bundestags ist dieser Ansatz eine Überschneidung zwischen CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen. Die Einführung einer Mindestrente scheint parteiübergreifender Konsens zu sein. An Riester hingegen scheiden sich die Geister. Und auch bei der Zukunft der betrieblichen Altersvorsorge scheint noch keine Einigkeit zu herrschen.

Der in Deutschland allen Bemühungen zum Trotz immer noch unterrepräsentierten aktienorientierten Altersvorsorge will das Deutsche Aktieninstitut mit einer staatlichen Förderung des aktienbasierten Vorsorgesparens auf die Beine helfen und hat dazu einen Aktionsplan entwickelt, den man jetzt der Politik nahebringen will. Die OVB fordert vor allem mehr Kontinuität in der Rentenpolitik, um die Verunsicherung der Bürger zu beenden. Und weil oftmals nur die Beratung den Anstoß für die eigene Vorsorge der Bürger gibt und psychologische Barrieren überwindet, soll diese Beratungsleistung auch besser anerkannt werden – zumal sie staatlicherseits nicht erbracht wird.



Die Volkswirte der DZ Bank präsentieren ihr Modell, wie der Staat die private Altersvorsorge fördern kann: In der Niedrigzinsphase soll ein Teil der Zinsersparnis in einen Altersvorsorgefonds fließen, aus dem dann Zulagen für alle Vorsorgesparer gezahlt werden. Dirk Degenhardt von der Deka bricht eine Lanze für Riester als Vorsorgeform, die sich für alle Einkommensgruppen eignet, aber gerade auch Geringverdienern zugutekommt. Den Entwürfen gemeinsam ist die Forderung, die bei Riester bislang vorgeschriebenen Garantien zu lockern beziehungsweise ganz darauf zu verzichten.

Noch ist Altersarmut kein Massenphänomen, so Joachim Ragnitz, und wird trotz des erwarteten Anstiegs nicht dramatisch werden. Zu den Stellschrauben, mit denen sich Altersarmut verhindern lässt, zählt Ragnitz steuerfinanzierte Transfers im Sinn eines „Aufstockens“ kleiner Renten, aber auch Änderungen bei der Anrechnung anderer Einkommen, etwa aus privater oder betrieblicher Altersvorsorge auf die Grundsicherung. Auch dies ist ein Gedanke, den im Kern alle Autoren unterstützen. Nur dann haben auch Geringverdiener Anreize zu mehr Eigenvorsorge.